



# Wahlprogramm der Juso- Hochschulgruppe Karlsruhe 2014

**Jusos – studentisch. demokratisch. solidaris-  
ch.**

[www.jusohsg-karlsruhe.de](http://www.jusohsg-karlsruhe.de)



# INHALT

|                                                               |           |
|---------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>WAHLAUFRUF</b>                                             | <b>4</b>  |
| <b>I JUSOS – STUDENTISCH. DEMOKRATISCH. SOLIDARISCH.</b>      | <b>5</b>  |
| I.1 Wir für Dich                                              | 5         |
| I.2 Stark in der Gremienarbeit                                | 7         |
| <b>II INFRASTRUKTUR VERBESSERN – STUDIEREN AM KIT</b>         | <b>9</b>  |
| II.1 Digitale Lehre                                           | 9         |
| II.2 Ausbau von Lernplätzen auf dem Campus                    | 9         |
| II.3 Erhalt der Qualitätssicherungsmittel                     | 9         |
| II.4 Campusweiter Zugang zum WLAN                             | 10        |
| II.5 Seminaranmeldung vereinheitlichen                        | 10        |
| II.6 Mensa verbessern/ Einführung einer Pizza-Linie           | 10        |
| II.7 Fahrrad- und fußgängerfreundlicher Campus                | 11        |
| II.8 Grüner Campus – Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen       | 11        |
| II.9 Friedliche Forschung                                     | 11        |
| <b>III STUDENTISCHES LEBEN IN KARLSRUHE</b>                   | <b>12</b> |
| III.1 Bezahlbarer Wohnraum – Wir kommen um zu bleiben         | 12        |
| III.2 Kinderbetreuung ausbauen – Rechtsanspruch erfüllen      | 13        |
| III.3 Innovative und studentische Kommunalpolitik             | 13        |
| <b>IV STUDIENSTRUKTUR – BOLOGNA: EIN MONSTRUM?</b>            | <b>14</b> |
| IV.1 Echte Modularität der Studienstruktur                    | 14        |
| IV.2 Master für alle! Mobilität ermöglichen – nicht erzwingen | 14        |
| IV.3 Studienleistungen konsequent anerkennen                  | 15        |
| IV.4 Studienzeit entzerren – Höchststudiendauer abschaffen    | 15        |
| <b>V STUDIENFINANZIERUNG</b>                                  | <b>16</b> |
| III.1 BAföG vs. Deutschlandstipendium                         | 16        |
| III.2 Abschaffung aller Bildungsgebühren                      | 17        |
| <b>VI GUTE ARBEIT</b>                                         | <b>17</b> |
| VI.1 HiWis müssen fairen Lohn erhalten – und zwar rechtzeitig | 17        |
| VI.2 Hilfskräfte dürfen keine Festangestellten verdrängen     | 18        |
| VI.3 Sichere Beschäftigung während der Promotionsphase        | 18        |
| VI.4 Berechenbare Perspektiven nach der Promotion             | 19        |
| VI.5 Ausnutzung durch Teilzeitstellen ist zu unterbinden      | 20        |

|            |                                                     |           |
|------------|-----------------------------------------------------|-----------|
| VI.6       | Chancengerechtigkeit ist oberstes Gebot             | 20        |
| VI.7       | Faire Praktika statt Angestelltenersatz             | 21        |
| <b>VII</b> | <b>HOCHSCHULFINANZIERUNG</b>                        | <b>21</b> |
| VII.1      | Faire Allokation – Grund- und Drittmittel quotieren | 21        |
| VII.2      | Reform der Bund-Länder-Finanzierungsprojekte        | 23        |

## WAHLAUFRUF

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

vom 7. bis zum 11. Juli 2014 finden die Wahlen der Verfassten Studierendenschaft statt. Gewählt werden die Mitglieder des Studierendenparlaments (StuPa) und die Fachschaftsvorstände. Das Studierendenparlament ist die Legislative der Studierendenschaft, in dem alle wichtigen Beschlüsse gefällt werden, die die Studierenden betreffen. Die Fachschaften sind die studentischen Interessenvertretungen auf Fakultätsebene. Sie sind im Studium oft dein erster und bester Ansprechpartner.

Sofern Du am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als Student\*in immatrikuliert bist, kannst Du an der Wahl teilnehmen und über die Geschicke der Studierendenschaft mitentscheiden – ganz gleich ob Du Bachelor-, Master-, Diplom- oder Promotionsstudent\*in bist.

Wir als Juso-Hochschulgruppe treten dieses Jahr mit einer Liste von 24 engagierten Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen unter dem Namen **Jusos – studentisch. demokratisch. solidarisch.** an. Mit dem vorliegenden Wahlprogramm wollen wir uns, unsere Aktivitäten und Positionen vorstellen und mit Dir darüber diskutieren. Außerdem wollen wir Dich auf den folgenden Seiten überzeugen, dass Deine Stimme bei uns gut aufgehoben ist!

Falls du noch unentschlossen bist, bietet sich hier der StuPa-O-Mat an. Analog zum Wahl-O-Mat bei der Bundestagswahl kannst du hier deine Positionen zu 32 Thesen mit den Antworten der Listen vergleichen. Zu finden ist das Ganze unter [www.asta-kit.de/stupa-o-mat](http://www.asta-kit.de/stupa-o-mat).

*Deine Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe*

# I JUSOS – STUDENTISCH. DEMOKRATISCH. SOLIDARISCH.

Gesellschaftliches Engagement hat viele Gesichter. Diese Vielfalt bilden wir auch bei uns in der Gruppe ab. Neben der Gremienarbeit im AStA, StuPa, Fachschaften, Senatskommissionen und Studentenwerk, bei der wir unsere politischen Versprechen in die Tat umsetzen, sind wir integraler Bestandteil des studentischen Lebens auf dem Campus. Mit kulturellen sowie Diskussionsveranstaltungen machen wir uns in abwechslungsreicher Weise für unsere Positionen stark und werben für den politischen Diskurs.

## I.1 Wir für Dich

Wir sind eine vielseitige Gruppe von Studierenden an den Hochschulen in Karlsruhe, die die Weiterentwicklung der Karlsruher Hochschulen mitgestaltet und sich den Grundwerten sozialer Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – verpflichtet fühlt. Allen Studierenden an den Hochschulen in Karlsruhe, die sich diesen Grundwerten verschrieben fühlen, möchten wir eine offene Diskussionsplattform bieten. Dies und der Anspruch, in allen Teilen der Gesellschaft zu wirken, unterscheiden uns auch von den meisten anderen hochschulpolitischen Gruppierungen.

Mit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft dürfen wir uns nach über 36 Jahren endlich wieder selbst verwalten. So war es ein großes Highlight für uns, dass wir als stärkste Fraktion in das Studierendenparlament gewählt wurden und als Juso-HSG die meisten AStA-Referent\*innen einer politischen HSG stellen konnten.

Zudem haben wir neben der politischen Arbeit sowohl kulturelle als auch politische Veranstaltungen organisiert sowie an hochschulpolitisch Relevanten aktiv teilgenommen. Einige Highlights unserer Arbeit stellen wir Dir hier kurz vor:

*„Wir wollen Rasen und keinen Matsch“- Flashmob im Forum des KIT:*

Hierbei protestierten rund 150 Studierende Mitte Mai diesen Jahres in Form eines Flashmobs im Forum des Karlsruher Instituts für Technologie. Anlass hierfür war die durch die Aufbauarbeiten für die Karrieremesse unter Verantwortung des KIT großflächige Zerstörung des Rasens im Forum. Zu diesem Protest hatte die Juso-Hochschulgruppe gemeinsam mit dem AStA aufgerufen. Die Protestaktion war ein voller Erfolg, da bereits

wenige Stunden nach Ankündigung der Aktion das KIT die umfassende Sanierung des Rasens zusicherte.

*Teilnahme am landesweiten Aktionstag der baden-württembergischen Universitäten:*

Dabei kam es wenige Wochen vor Abschluss der Verhandlungen zum Solidarpakt III zu einem landesweiten Aktionstag, an dem die neun Universitäten in Baden-Württemberg unter Beteiligung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) über die aktuell prekäre finanzielle Situation an den Hochschulen informierten. Auch die Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe nahm an der vom KIT initiierten Informationsveranstaltung auf dem Ehrenhof des Campus Süd teil. Der Solidarpakt III wird die Hochschulfinanzierung an den baden-württembergischen Universitäten ab Januar 2015 bis zum Jahr 2020 regeln. Die Juso-Hochschulgruppe spricht sich vehement für eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel in Bildung und Forschung sowie der damit verbundenen Grundfinanzierung mit einem jährlichen Inflationsausgleich aus.

*Podiumsdiskussion zur Ukraine-Krise mit Gernot Erler (Russlandkoordinator der Bundesregierung):*

Die am 30. April in Zusammenarbeit mit dem ZAK (Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaften und Studium Generale am KIT) organisierte und durchgeführte Veranstaltung: „Russland, Ukraine und der Westen. Der Konflikt: Politische Hintergründe und Auswege“, war ein voller Erfolg. Mehr als 300 Besucher folgten hierbei den differenzierten Ausführungen von Dr. h. c. Gernot Erler, MdB und seit 2013 zuständiger Russland-Koordinator der Bundesregierung, zur aktuellen Situation im Osten der Ukraine. Dabei war die Veranstaltung vor allem auch durch kontrovers geführte Diskussionen geprägt und sorgte überregional für Aufsehen.

*Schaffung neuen Wohnraums im Hans-Dickmann-Kolleg (HaDiKo):*

In Form eines Vor-Ort-Besuchs machten wir uns ein Bild von der aktuellen Wohnsituation am HaDiKo. Das HaDiKo ist das größte selbstverwaltete Studentenwohnheim Deutschlands mit derzeit rund 1000 studentischen Bewohnern. Die Juso-HSG setzt sich hierbei für den Bau eines neuen Wohnheims an der Stelle des Parkhauses ein, deren vorhandene Kapazität nur in geringem Umfang von den dortigen studentischen Bewohnern genutzt wird.

*Ausbau des flächendeckenden campus- und karlsruheweitem WLANs:*

Auf Initiative unserer Juso-HSG Kandidat\*innen wurde das Karlsruher W-LAN diskutiert und schließlich eingeführt. Auf dem Campus fordern wir, den WLAN-Zugang weiter auszubauen.

*Verhandlungen zum landesweiten Studiticket:*

Aktuell stehen wir mit den anderen ASten in Baden-Württemberg, den Verkehrsbünden und der Deutschen Bahn in Verhandlung eines landesweiten Semestertickets und vertreten dabei die Interessen der Studierenden am KIT.

*„Aufstieg durch Bildung – Was bringt die Änderung des Landeshochschulgesetzes?“:*

Im Vorfeld dieser Podiumsdiskussion mit Gästen aus Wissenschaft und Politik, haben wir als Juso-HSG einen Themenabend zur aktuellen Landeshochschulgesetz-Novellierung durchgeführt. Bei der Podiumsdiskussion selbst waren wir durch einen Studienvertreter im Senat aus den Reihen der Juso-HSG beteiligt. Dabei haben wir uns aktiv zu Fragen in Bezug auf das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“ bzw. deren Abkehr sowie der demokratischen Organisation dieser miteingebracht.

*Arbeiter\*innenlieder-Schlonz.* Kulturell haben wir den Campus mit unserem einmal im Semester stattfindenden Schlonz bereichert. Dieses Semester fand dieser Anfang Juni wie gewohnt im AKK statt, welches für einen Abend von Liedern der Arbeiter- und Freiheitsbewegung zum klassischen Look des früheren Proletariats untermalt wurde. Dabei wurde nicht nur ein Karaoke-Wettkampf veranstaltet, bei dem man Freibier gewinnen konnte, sondern es gab auch ein interaktives Arbeiter\*innencomputerspiel sowie ein Arbeiter\*innen-Quiz.

## **I.2 Stark in der Gremienarbeit**

Engagiert sein heißt für uns auch, dass wir aktiv in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung sowie der Hochschule mitarbeiten und mitbestimmen. Durch Deine Stimme bei der Wahl zum Studierendenparlament (StuPa) erhalten wir die Aufforderung und Legitimation dazu! Um unseren Versprechen Taten folgen zu lassen, ist jedes Mitglied der Juso-Fraktion im StuPa in mindestens einem Arbeitskreis der Studierendenschaft, dem AStA oder einer Senatskommission aktiv. Für uns bedeutet ein StuPa-Mandat mehr als langwierige Diskussionen; es beinhaltet auch die Verantwortung, die Interessen der Studierendenschaft – also Deine Interessen – aktiv zu vertreten. Engagement in den Gremien

setzt bei uns jedoch kein Mandat voraus. Viele unserer Mitglieder, die nicht im StuPa sitzen, bringen sich intensiv in die Gremien des KIT, des Studentenwerks und der Studierendenschaft ein.

Konkret findest Du uns in der Studierendenvertretung als Referent\*innen im AStA. Dabei stellt unsere Liste aktuell neben dem Vorsitz drei weitere Referent\*innen für die Bereiche Finanzen, Soziales sowie Chancengleichheit. Einige Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe engagieren sich auch in ihrer Fachschaft oder besuchen die Fachschaftenkonferenz (FSK). In den KIT- und Studentenwerksgremien vertreten wir Deine Interessen als studentische Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerks, in der Vertreterversammlung des Studentenwerks, in der Senatskommission zur Verteilung von Qualitätssicherungsmitteln, der der „Satzung Chancengleichheit KIT“, in der Kommission zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens sowie in der Strukturkommission. Daneben sind wir auch in der Vergabekommission 'Qualitätssicherungsmittel' am House of Competence, der der 'Qualitätssicherungsmittel' am Zentrum für angewandte Kulturwissenschaften, und der KIT-Plus-Kommission sowie im Ausschuss für Dienste zur Informationsversorgung und dem HoC-Beirat vertreten.

Mit unserem Engagement in den Gremien wollen wir Missstände nicht nur beklagen, sondern beheben. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen – deshalb werben wir um weiteren Zuwachs für unsere Fraktion im StuPa!



## **II INFRASTRUKTUR VERBESSERN – STUDIEREN AM KIT**

Eine bedarfsgerechte und innovative Infrastruktur bildet nicht nur die Basis für den Erfolg des KITs in Forschung, Lehre, Wissenstransfer und der regionalen Einbindung, sondern stellt auch einen entscheidenden Faktor für die Attraktivität der Universität sowie der Zufriedenheit bei den Studierenden dar.

### **II.1 Digitale Lehre**

Eine hohe Lernqualität ist Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Wir setzen uns für die digitale Bereitstellung aller Vorlesungsunterlagen sowie Abschlussarbeiten in sämtlichen Studienfächern ein. Ein zentraler Zugang sowie eine einheitliche Plattform soll geschaffen werden.

### **II.2 Ausbau von Lernplätzen auf dem Campus**

Insbesondere während der Prüfungszeiten gleicht die Suche nach einem Lernplatz in der KIT-Bibliothek einem Glücksspiel. Deswegen fordern wir die Öffnung von Seminarräumen in den Semesterferien. Dies wird bereits erfolgreich in den Gebäuden der WiWi-Fakultät praktiziert und muss auf das ganze KIT ausgeweitet werden. Zusätzlich sollen mehr neue Lernräume durch das LABOR-System des House of Competence (HoC) erschlossen werden. Dabei muss jederzeit eine angemessene Lernatmosphäre gewährleistet werden.

### **II.3 Erhalt der Qualitätssicherungsmittel**

Wir setzen uns für den Erhalt der kostenlosen Sprachkurse, den freien Softwarezugang sowie den langen Bibliotheks-Öffnungszeiten aus. Aus diesem Grund müssen die dafür eingesetzten Qualitätssicherungsmittel für Studium und Lehre adäquat erhalten bleiben.

## **II.4 Campusweiter Zugang zum WLAN**

In vielen Hörsälen und Freiflächen auf dem Campus ist noch immer kein WLAN-Zugang gewährleistet. Gleiches gilt für viele Seminarräume und sogar ganze Gebäude. In vielen Fällen ist die Verbindung schlecht oder instabil. Dieser Zustand ist unhaltbar, ein freier Internetzugang ist grundlegend für akademisches Arbeiten. Daher fordern wir, den WLAN-Zugang weiter auszubauen. Alle Hörsäle und studentischen Arbeitsräume am KIT müssen an das WLAN-Netz angebunden werden. Die gesammelten Daten unseres Infostands können dabei eine große Hilfe sein.

## **II.5 Seminaranmeldung vereinheitlichen**

Seminare müssen in fast allen Studiengängen pflichtmäßig besucht werden, ein entsprechendes Angebot gibt es nicht. Bei einer Umfrage der Fachschaft WiWi erhielten Seminare die Schulnote ausreichend. Kritisierenswert ist neben der Tatsache, dass zu wenige Seminare angeboten werden, die uneinheitliche Anmeldung zu Seminaren an verschiedenen Instituten. Die WiWi-Fakultät hat mittlerweile eine Plattform eingerichtet, auf der alle angebotenen Seminare aufgelistet werden und bei einigen auch die Anmeldung erfolgen kann. Diese und ähnliche Plattformen müssen zügig weiter ausgebaut und durch die Institute konsequent genutzt werden.

Die Anmeldung zu den Schlüsselqualifikationsangeboten von HoC, Zentrum für angewandte Kulturwissenschaften (ZAK) und Sprachenzentrum (SpZ) muss gerechter gestaltet werden. Ein First-come-first-served-Prinzip ist für verpflichtende Kurse, die jede\*r belegen muss, ohne Berücksichtigung der Prioritäten nicht gerecht. Ein Anmeldesystem wie WebInscribe der Fakultät für Informatik wäre eine akzeptablere Möglichkeit.

## **II.6 Mensa verbessern/ Einführung einer Pizza-Linie**

Die Warteschlangen in der Mittagspause sind unzumutbar. Ein Ausbau der der Linien muss her. Daher unterstützen wir die Erweiterung um eine Pizza-Linie. Nährwerttabellen sind längst Pflicht auf allen Lebensmittelverpackungen. Dieser Verbraucherschutz muss gerade auch für ernährungsbewusste Studierende in der Mensa eingeführt werden. Außerdem setzen wir uns für die kostenlose Bereitstellung von Trinkwasser in den Speisesä-

len der Mensa ein. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass es jeden Tag mindestens ein veganes Gericht in der Mensa gibt und dass die Preise nach den letzten Preiserhöhungen nun stabil bleiben

## **II.7 Fahrrad- und fußgängerfreundlicher Campus**

Wir wollen die Interessen von Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen gegenüber Autofahrer\*innen auf dem Campus stärken und ein Konzept erarbeiten, dass sowohl Fußgänger\*innen als auch Fahrradfahrer\*innen eine bessere und schnellere Fortbewegung auf dem Campus ermöglicht.

## **II.8 Grüner Campus – Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen**

Öffentliche Einrichtungen wie das KIT müssen auf dem Feld der Nachhaltigkeit Vorbildcharakter besitzen. Wir fordern vorhandene Einsparpotentiale für den Stromverbrauch am KIT zu nutzen. So sind etwa die Anzeigebildschirme der Mensa spätestens zu den Abendstunden auszuschalten. Dabei plädieren wir auch für ökologische Neubauten, energetische Sanierungen, regenerative Energiequellen am Campus und ausreichend grüne Erholungsflächen.

## **II.9 Friedliche Forschung**

Universitäten haben durch ihren Auftrag der Wissensvermittlung und Forschung auch eine große moralische und ethische Verantwortung, die sie auch in Hinblick auf ihre Forschung und Lehre berücksichtigen sollten. Deshalb fordern wir eine Zivilklausel, also eine Verpflichtung zu ausschließlich ziviler und friedlicher Forschung und Lehre, die KIT-weit eingeführt und konsequent durchgesetzt wird. Die staatliche Finanzierung der Hochschulen sollte nicht in militärische Forschung fließen, sondern für bessere Ausstattung der Hochschulen verwendet werden.

## III STUDENTISCHES LEBEN IN KARLSRUHE

Als kommunale Hochschulgruppe fühlen wir uns nicht nur unserem Wohn- und Studienort Karlsruhe besonders verbunden – wir haben auch als Gruppe der Studierenden ein großes Gewicht in Karlsruhe. 37.000 Karlsruher\*innen studieren – an uns kommen kein Oberbürgermeister und keine Stadtverwaltung so schnell vorbei. Dieses Gewicht wollen wir stärker nutzen, um Karlsruhe studierendenfreundlicher zu gestalten.

### III.1 Bezahlbarer Wohnraum – Wir kommen um zu bleiben

Bundesweit leben 23% aller Studierenden in ihrem Elternhaus – viele von ihnen unfreiwillig aufgrund der allgemeinen Mietpreisentwicklung. Gerade einmal 12% aller Studierenden (in Karlsruhe sogar nur 11%) leben in Wohnheimen. Einige Kommiliton\*innen müssen gar ihren Studienort von den Mietpreisen in den einzelnen Hochschulstädten abhängig machen. Deswegen fordern wir in Karlsruhe eine Wohnheimquote von mindestens 15%!

Zudem fordern wir eine transparente und gerechte Verteilung der Wohnheimplätze durch das Studentenwerk. Dabei sollten die begrenzten Plätze bevorzugt an Studierende, die durch große räumliche Distanz oder geringe finanzielle Mittel nur schwierig selbst auf dem Wohnungsmarkt eine Bleibe finden, vergeben werden.

Der neue Oberbürgermeister Frank Mentrup hat ein kommunales Wohnraumförderungsprogramm für Karlsruhe angekündigt. Wir werden ihn an dieses Versprechen erinnern und uns insbesondere für folgende Schritte einsetzen:

Leerstände sind grundsätzlich ineffizient und daher zu vermeiden – seien sie strukturell bedingt oder sogar spekulativ begründet. Nach den aktuellen Zahlen aus dem Zensus von 2011 liegt die Leerstands-Quote in Deutschland bei 4,4%. Das bedeutet, dass eine erschreckende Zahl von 1,8 Millionen Wohnungen in Deutschland leer steht und nicht bewohnt wird. Ungenutzte Kaufhäuser, Kasernen und Bürogebäude dürfen nicht der Gentrifizierung zum Opfer fallen, sondern müssen unbedingt in bezahlbaren und sozialen Wohnraum umgewandelt werden. Alternative Wohnformen müssen öffentlich gefördert und bekannt gemacht werden.

In Karlsruhe fordern wir eine Quote für sozialen Wohnungsbau nach den Vorbildern in Hamburg und München. Dort müssen Investoren, die ein neues Gebiet oder Gebäude

erschließen, bis zu zwei Drittel des Gewinns in den sozialen Wohnungsbau investieren, der insbesondere auch den Studierenden zu Gute kommt. Darüber hinaus braucht Karlsruhe dringend einen qualifizierten Mietspiegel, um den lokalen Markt für Mietwohnungen transparenter zu gestalten und für Mieter und Vermieter einen bindenden Rahmen für Mietpreise zu schaffen. So werden Mietpreisexplosionen verhindert, wie sie bereits in anderen Hochschulstädten wie Stuttgart beobachtet werden können. Denn schon heute liegt die Kaltmiete pro Quadratmeter in Karlsruhe mit 7,50€ über dem bundesweiten Durchschnitt.

### **III.2 Kinderbetreuung ausbauen – Rechtsanspruch erfüllen**

Zentraler Ansprechpartner für soziale Dienstleistungen rund um das Studium ist das Studentenwerk – dies gilt auch für die Betreuung der Kinder von Studierenden. Bei einer Quote von 7% Studierenden mit Kind klaffen Betreuungsangebot und -nachfrage weit auseinander. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige fehlen in Karlsruhe noch 600 Plätze (Stand: Anfang 2013) – viele Eltern sind Studierende. Studentenwerke benötigen zusätzliche Mittel, um diesen Bedarf zu decken!

Darüber hinaus fordern wir gegenüber dem KIT, die hochschuleigenen Betreuungsangebote, die sich bislang an Mitarbeiter\*innen richten, auch für die Kinder von Studierenden zu öffnen. Notfalls muss die Gesetzeslage dafür geändert werden. Auch die Stadt muss campusnahe Lösungen erarbeiten und das Kitaplatzangebot in Karlsruhe ausbauen. Neben dem Studentenwerk sollten dabei auch studentische Eigeninitiativen wie die Kinderkiste des UStA eingebunden werden.

### **III.3 Innovative und studentische Kommunalpolitik**

Studierende sind auch Bürger. Deswegen setzen wir uns auch in der Kommunalpolitik ein, um die Lebensbedingung der Studierenden nicht nur an der Universität, sondern auch in Karlsruhe generell zu verbessern. Ein Beispiel dafür sind die Verhandlungen über neue Formen des Semestertickets oder auch die Ausgestaltung des kommunalen Projekts „Studenten- und Wissenschaftsstadt 2015“.

Noch immer versuchen wir das Slacklineverbot im Schlossgarten aufzuheben, damit die Slackliner ihrem Hobby ungestört und legal nachgehen können. Wir haben dieses Thema bereits auf die Agenda von Oberbürgermeister Frank Mentrup gesetzt. Natürlich gibt es auch Auflagen, damit wir dies durchsetzen können: Zum Schutz der Bäume dürfen nur gepolsterte Gurte verwendet werden.

## **IV STUDIENSTRUKTUR – BOLOGNA: EIN MONST- RUM?**

In den nunmehr 13 Jahren seit Beschluss der so genannten Bologna-Reform ist viel über dieses Ungetüm zur Schaffung eines „einheitlichen Europäischen Hochschulraums“ gesprochen, diskutiert und gestritten worden. Wir bekennen uns zur modularisierten Studienstruktur – doch noch immer gibt es mehrere Baustellen.

### **IV.1 Echte Modularität der Studienstruktur**

Die Studienstruktur wurde durch die Bologna-Reform in den letzten Jahren erheblich beeinflusst. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Wir wollen diesen weiterhin begleiten, um die Studierbarkeit und Mobilität zu ermöglichen.

### **IV.2 Master für alle! Mobilität ermöglichen – nicht erzwingen**

Bachelorabsolvent\*innen müssen an der eigenen Hochschule einen Masterplatz angeboten bekommen. Hierzu muss sichergestellt werden, dass ausreichend Mittel und Strukturen bereits bei Studienbeginn eingeplant und bereitgestellt werden. Für viele Studierende bedeutet das Studium zum ersten Mal einen Wechsel des Wohnortes und damit einhergehend auch die Übernahme von Verantwortung für die eigene Unterkunft. Nach einem solchen Umbruch zu Beginn des Studiums ist es unverantwortlich, Studierende nach sechs Semestern durch ein zu knappes Masterangebot zu einem erneuten Umzug zu zwingen.

Soziale Kontakte und Planungssicherheit sind wesentliche Faktoren für ein erfolgreiches Studium und benötigen längere Zeit an einem Wohnort.

### **IV.3 Studienleistungen konsequent anerkennen**

Gleichermaßen muss es Bachelorabsolvent\*innen möglich sein, einen reibungslosen Wechsel zu einer anderen Hochschule zu vollziehen. Hierfür muss der Zugang zu Master-Plätzen vereinfacht werden. Die Anerkennung von Studienleistungen auf nationaler und internationaler Ebene gehört vereinfacht – dafür muss die Lissabon-Konvention weiter umgesetzt werden. Mit der Übernahme von Teilen der Lissabon-Konvention in das Landeshochschulgesetz hat die neue Landesregierung einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Die Hochschulen müssen diesem Beispiel jetzt folgen.

Auch nicht-konsequente Masterstudiengänge müssen erreichbar sein – andernfalls verfehlen sie ihren Zweck. Individuelle Studienschwerpunkte sollen ohne Nachteile gewählt werden können. Der Bachelor muss stets auch als berufsqualifizierender Abschluss anerkannt werden.

### **IV.4 Studienzeit entzerren – Höchststudiendauer abschaffen**

Die aktuelle Regelung der Regelstudienzeit lässt zu wenige Freiräume zur individuellen Studiengestaltung. Wir setzen uns dafür ein, den Prüfungsdruck zu verringern. Ein Studium in Regelstudienzeit muss möglich sein. Hierfür muss die Regelstudienzeit an real herrschende Bedingungen angepasst werden. Zeit für Praxisbezug, Auslandsaufenthalte und Praktika muss eingeplant werden. Nur so kann Selbstständigkeit, eine wesentliche Qualifikation des Studiums, gefördert werden.

Eine Exmatrikulation nach Überschreitung der Höchststudiendauer kann nicht im Interesse der Hochschulen liegen. Dies trägt individuellen Lebens- und Lernsituation keine Rechnung. Wir fordern daher: Höchststudiendauer abschaffen – Eigenverantwortung stärken!

## **V STUDIENFINANZIERUNG**

Es ist schon lange Konsens: Für den Erfolg des Studiums dürfen weder die soziale Herkunft noch die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses entscheidend sein. Gleichzeitig führt der Bildungsbericht 2012 eindrucksvoll vor Augen, dass dies weiterhin nicht der Realität entspricht. Wir fordern: Alleine die persönlichen Fähigkeiten und Präferenzen dürfen den Ausschlag zum Studium geben.

### **V.1 BAföG vs. Deutschlandstipendium**

Seit über 40 Jahren ermöglicht das Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz (BAföG) jungen Menschen die Aufnahme eines Studiums. Doch gemessen an der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks decken die BAföG-Sätze nicht den tatsächlichen Finanzierungsbedarf der Studierenden. Wir brauchen kein Deutschlandstipendium, sondern eine bedarfsdeckende Erhöhung der Regelsätze. Um allen Studierwilligen ein Studium unabhängig von ihrer Herkunft und der Sorge vor Schuldenbergen zu ermöglichen, fordern wir eine elternunabhängige Auszahlung des BAföG. Inwieweit dies jedoch als Vollzuschuss oder als zinsloses Darlehen erfolgt, muss elternabhängig gestaltet werden.

Schon lange wissen nicht nur Ökonomen, dass sich die Miet- und Lebenshaltungskosten in Deutschland sehr unterschiedlich entwickeln. Aus diesem Grund müssen die BAföG-Sätze an die Bedürfnisse angepasst und regional differenziert werden! Der Mietzuschuss des BAföG ist insbesondere in Groß- und Universitätsstädten viel zu gering. Zudem fordern wir eine vollkommene Entkoppelung der BAföG-Bezugsdauer und der Regelstudienzeit, da diese das Studium zeitlich beschränkt. Stattdessen sollte sich die Bezugsdauer an der Durchschnittsstudiendauer der einzelnen Fächer und dem neben dem Studium erbrachten gesellschaftlichen Engagement orientieren.

Stipendien decken nur eine kleine Gruppe der Studierenden ab und sind für die Breitenförderung mehr als ungeeignet. Leider hat die aktuelle Bundesregierung durch die Einführung des Deutschlandstipendiums keine neue Fördermöglichkeit, sondern einen Gegenentwurf zum BAföG entwickelt. Denn mit der Einführung des staatlichen Stipendienprogramms wurde der Teilerlass des BAföG aufgrund guter Leistungen ersatzlos gestrichen. Stellt man Einsparungen und neue Ausgaben gegenüber, ist das Deutschlandstipendium bis zum heutigen Tage sogar ein staatliches Sparprogramm!



## **V.2 Abschaffung aller Bildungsgebühren**

Zusammen mit mehreren Bündnispartner\*innen haben wir erwirkt, dass die Landesregierung die Studiengebühren zum Sommersemester 2012 abgeschafft hat. Dadurch werden Studierende massiv finanziell entlastet. Mit der gleichzeitigen Einführung der so genannten Qualitätssicherungsmittel werden die Hochschulen in gleicher Höhe vom Land entschädigt. Trotz der Abschaffung der Studiengebühren setzen wir uns auch weiterhin gegen Bildungsgebühren ein. Besonders kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang die Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags, welcher direkt an das Land geht und somit nichts anderes als versteckte Studiengebühren darstellt. Unsere Forderung bleibt: Bildung muss gebührenfrei sein!

## **VI GUTE ARBEIT**

Gute Lehre und Forschung lassen sich nur durch stabile Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Perspektiven langfristig sichern. Doch laut aktuellem „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013“ der Bundesregierung sind die Arbeitsverhältnisse in der deutschen Wissenschaft mitnichten sicher und arbeitnehmerfreundlich. So stieg unter den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse auf 90%. Die Hälfte aller Beschäftigten ist in Teilzeit angestellt. Der Anteil der kurzfristigen und im Wettbewerb eingeworbenen sogenannten Drittmittel an der Finanzierung dieser Stellen stieg auf bundesweit über 40%, lokal wird dieser Wert teilweise deutlich übertroffen. Gleichzeitig liegt der Frauenanteil in der deutschen Wissenschaft mit etwa einem Fünftel noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 30%. Bei Promovierten, den sogenannten Postdocs, sieht es nicht besser aus: Mehr als ein Fünftel von ihnen ist befristet beschäftigt. Das ist mehr als doppelt so häufig wie Nicht-Promovierte in der gleichen Altersgruppe.

### **VI.1 HiWis müssen fairen Lohn erhalten – und zwar rechtzeitig**

Unter anderem unsere deutliche Reaktion (mit Pressemitteilungen und einem Interview bei Baden TV) auf die Verzögerung der Lohnauszahlungen im Sommer 2012 zwang die

Personalleitung des KIT zu schnellem Handeln. Wir verstehen uns auch in Zukunft als Vertreter der studentisch Beschäftigten am KIT. Langfristig wirken die Juso-Hochschulgruppen auf die Einrichtung eines bundesweiten Tarifvertrags für HiWis hin.

## **VI.2 Hilfskräfte dürfen keine Festangestellten verdrängen**

Hilfskräfte dürfen nicht die Aufgaben von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übernehmen, da sie ansonsten andere Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. Aus diesem Grund fordern wir die Streichung der Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Hochschulabschluss aus den Landeshochschulgesetzen. Bachelor- und Masterstudierende werden folglich als studentische Hilfskräfte angestellt, deren Beschäftigungsdauer nicht auf die Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes angerechnet wird. Grundsätzlich dürfen Hilfskräfte nur Tätigkeiten in Forschung und Lehre wahrnehmen, eine Beschäftigung in der Verwaltung ist auszuschließen.

Studentische Hilfskräfte sollen in der Regel für die Dauer von mindestens einem Jahr eingestellt werden. Davon darf nur in begründeten Fällen (z. B. einsemestrige Tutorentätigkeiten) oder auf ausdrücklichen Wunsch der Hilfskraft abgewichen werden.

## **VI.3 Sichere Beschäftigung während der Promotionsphase**

Tarifvertragliche und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Promovierende sind anderen Finanzierungsformen grundsätzlich vorzuziehen. Dies gilt auch für Stipendien, wie sie etwa die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in ihren Graduiertenkollegs vergibt.

Es gilt die Vorteile einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Erwerb von Rentenansprüchen, höherer Lohn, etc.) sowie eines Stipendiums (Laufzeit in der Regel drei Jahre oder mehr und damit die gesamte voraussichtliche Dauer der Qualifikationsphase) zu verbinden. Beschäftigungsverhältnisse dürfen nur in begründeten Fällen (Qualifizierungs-, Drittmittel- und Vertretungsstellen) befristet werden.

Die Laufzeit befristeter Beschäftigungsverhältnisse muss dabei unabhängig von der Finanzierungsart mindestens der voraussichtlichen Dauer der Qualifizierung entsprechen, d. h. zwei bis fünf Jahre bei Promotionen. Eine kürzere Laufzeit schafft Unsicherheit und führt

den Grundsatz einer Qualifizierungsphase ad absurdum. Wir fordern daher, eine Mindestbefristungsdauer in Länge der anvisierten Dauer der Qualifikationsphase gesetzlich festzuschreiben.

Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Wissenschaftseinrichtungen ist in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch. Eine hohe Drittmittelquote fördert diese Entwicklung noch. Gleichzeitig dürfen die Unsicherheiten bei der Finanzierung von Drittmittelstellen nicht von der Hochschule auf die Arbeitnehmer\*innen übertragen werden. Deshalb fordern wir die Einrichtung hochschulweiter Überbrückungsfonds, die eine Beschäftigung bis zum Ende der Qualifizierungsphase sicherstellen.

Darüber hinaus sollen Qualifizierungsvereinbarungen zwischen Promovierenden und der Hochschule obligatorisch abgeschlossen werden. Dies schafft Sicherheit auf Seiten des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers und kann dazu beitragen, eine hochwertige Betreuung zu gewährleisten. Bei schriftlicher Festhaltung einer solchen Vereinbarung zu Beginn der Promotion ist darauf zu achten, dass die Freiheit der Forschung nicht eingeschränkt wird und gleichzeitig eine aktive und unterstützende Betreuung durch die Gutachterinnen und Gutachter stattfindet. Einzelne Hochschulen setzen Qualifizierungsvereinbarungen bereits erfolgreich ein.

## **VI.4 Berechenbare Perspektiven nach der Promotion**

Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft nach der Promotion benötigen Perspektive. Tenure-Tracks, bei denen sich die Hochschule zu einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis für Postdocs verpflichtet, sofern diese eine gemeinsam ausgehandelte und der individuellen wissenschaftlichen Weiterentwicklung angemessene Zielvereinbarung erfüllen, können dies leisten.

Noch sind Tenure-Tracks in Deutschland selten. Wir fordern, dass (Junior-)Professuren im Falle einer befristeten Ausschreibung grundsätzlich nicht ohne Tenure-Track-Option auf eine volle Professur vergeben werden sowie dass Postdocs nach maximal zwei Beschäftigungsjahren eine Tenure-Track-Option zur unbefristeten Beschäftigung erhalten.

Davon unberührt bleiben unmittelbar unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, die die Regel darstellen sollten. Die Anstellung von Postdocs als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lehnen wir ab.

## **VI.5 Ausnutzung durch Teilzeitstellen ist zu unterbinden**

Wir fordern, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern grundsätzlich eine Vollzeitbeschäftigung angeboten wird. Teilzeitverhältnisse sollten nur auf ausdrücklichen Wunsch abgeschlossen werden. Eine Unterschreitung des Umfangs von 50% darf nur nach Zustimmung des Personalrats erfolgen.

Darüber hinaus sollte der Anteil der Teilzeit-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter durch eine weiche Quote begrenzt sein, dessen Überschreitung ebenfalls der Zustimmung des Personalrats bedarf. Dies schützt zum einen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ausbeutung durch Teilzeitverträge. Zum anderen dürfen Teilzeitstellen nicht dazu führen, dass bestimmte Personalmittel nicht abgerufen werden können, die Gesamtskalierbarkeit muss sichergestellt sein.

In kleineren Organisationseinheiten kann dies problematisch sein, da etwa Bewerbungen von Personen, die halbtags arbeiten möchten, allein aufgrund dieses Umstands abgelehnt werden könnten. Daher sind zentrale Mittel zum Auffangen von „Bruchstellen“ in (kleineren) Instituten einzurichten.

## **VI.6 Chancengerechtigkeit ist oberstes Gebot**

Gerade in akademischen Berufen stellt sich für viele Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger die Frage, wie viel Zeit sie sich für Familie und Privatleben nehmen können. Flexible Arbeitszeiten und Beschäftigungsmodelle sollen Eltern ermöglichen, sich auch während ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit angemessen um ihre Kinder zu kümmern.

Die Betreuungsangebote für Studierende und Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler mit Kind müssen nachfrageorientiert ausgebaut werden. Auch die Hochschule muss Verantwortung zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz übernehmen. Hochschuleigene Betreuungsangebote, die sich ausschließlich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten, sollen durch eine Gesetzesänderung auch für Kinder von Studierenden geöffnet werden.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass für Frauen und Männer auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn gleiche Chancen und Rechte gelten. Wir fordern Entgeltgleichheit sowie die Festschreibung des sogenannten Kaskadenmodells für alle staatlich

finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen, sofern diese nicht bereits eine bindende Geschlechterquote von 40% etabliert haben. Nach dem Kaskadenmodell dient bei der Besetzung von Stellen der Anteil von Frauen bzw. Männern auf der vorhergehenden Qualifikationsstufe als anzustrebende Bezugsgröße. Dies folgt auch der Empfehlung des Wissenschaftsrates.

## **VI.7 Faire Praktika statt Angestelltenersatz**

Wir fordern eine angemessene Betreuung und faire Entlohnung für Praktika in mindestens der Höhe des aktuell beschlossenen Mindestlohns von 8,50 € pro Stunde. Praktika dienen der Berufsorientierung und sind Lernsituationen: sie ersetzen keine regulären Stellen. Deshalb fordern und unterstützen wir Kooperationen zwischen dem KIT und Initiativen wie FairCompany.

## **VII HOCHSCHULFINANZIERUNG**

Der Anteil der Mittel für die Hochschulfinanzierung an den Ausgaben von Bund und Ländern ist gemessen an den Staaten der OECD unterdurchschnittlich. Der Drittmittelanteil an den Gesamtmitteln ist inzwischen auf 20% gestiegen – betrachtet man nur die Forschungsmittel liegt machen private und staatliche Drittmittel sogar die Hälfte aus. Dies bedeutet zusätzliche Herausforderungen für die Politik, die eine solidarische Hochschulfinanzierung mit einer soliden staatlichen Grundfinanzierung gewährleisten muss, die längerfristige Planungssicherheit für die Hochschulen schafft!

### **VII.1 Faire Allokation – Grund- und Drittmittel quotieren**

Die finanziellen Ressourcen für das Hochschulwesen sind begrenzt. Daher müssen diese Mittel fair und effizient verteilt werden. Derzeit vereinen jedoch 20 Hochschulen allein 60% der eingeworbenen Drittmittel des größten Drittmittelgebers in Deutschland, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), auf sich, wie die DFG in ihrem Förderatlas 2012 berichtet. Ein Trend zunehmenden Wettbewerbsdrucks sei spürbar. Doch ist das Vordringen des Wettbewerbsgedankens in immer weitere Teile des universitären Betriebs

problematisch? Besteht hier politischer Steuerungsbedarf? Sofern durch den Wettbewerb im Antragswesen moralische Normen verdrängt werden, sehr wohl! Denn die Effizienz im ökonomischen Sinne ist nicht eins zu eins auf die Forschung zu übertragen. Forschung sollte als staatliche Aufgabe nicht unmittelbar direkten ökonomischen Verwertungskriterien unterworfen sein. Doch wie sind Drittmittel dann zu vergeben?

Eine Alternative könnte eine bundesweit einheitliche Quote zwischen Grund- und Drittmitteln sein. Um diese Quote zu erreichen bzw. zu halten, müssten Drittmittelprojekte auch einen Beitrag zur Grundfinanzierung der Hochschule leisten. So könnte eine ausgeglichene Finanzierung der Hochschulen gewährleistet, d. h. eine ausufernde Verzerrung des Wettbewerbs um Drittmittel vermieden und die Kompetitivität im Antragswesen gedämpft werden. Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass Grundmittel nicht zur Übernahme der sogenannten Overhead-Kosten, die z. B. durch die Mitnutzung bestehender Infrastruktur durch drittmittel-finanziertes Personal entstehen, zweckentfremdet werden.

Im gleichen Ansatz muss das Antragswesen um Drittmittel in Forschung als auch Lehre reformiert werden. Denn verschiedene wissenschaftliche Methoden und Fachrichtungen sind stets komplementär zueinander und niemals Substitute. Gerade Orchideen- und Grundlagenfächer verdienen daher besonderen staatlichen Schutz, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden zu können. Gegebenenfalls müssen also weitere Regularien bei der Drittmittelvergabe den Schutz dieser Disziplinen gewährleisten. Ansätze könnten dabei etwa eine Quotierung nach Fakultät oder eine maximale Anzahl drittmittelfinanzierter Mitarbeiter\*innen pro Lehrstuhl oder Professor\*in sein. Zu starke Dominanz der Mainstream-Forschung erstickt querdengerische Ansätze im Keim. Eine gänzliche Fokussierung auf ‚marktgängige‘ Themen hemmen Kreativität und Grundlagenforschung. Doch gerade diese Impulse sind einer der zentralen Treiber des wissenschaftlichen Fortschritts.

Dieser Fortschritt muss sich stets am gesellschaftlichen Kompass messen lassen. Aus diesem Grund muss auch die Finanzierung der Hochschulen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und gleichzeitig eine dominierende Einflussnahme verhindern. Bei der Festsetzung einer Quote zwischen Grundmitteln auf der einen Seite und öffentlichen sowie privaten Drittmitteln auf der anderen Seite muss dies beachtet werden.

Durch eine Verknüpfung von Grund- und eingeworbenen Drittmitteln führt der Ansatz einer bundeseinheitlichen Quote zu ausgeglichener Finanzierung und nimmt Teile der Kompetitivität aus dem Antragswesen. Das Antragswesen ist als Instrument der gesellschaftlichen Orientierung wichtig, doch es darf keine methodische oder fachrichtungsspezifische Verzerrung auftreten.

Gleichzeitig sind Hochschulen nicht der einzige Ort für Innovation. Ein grundsätzliches Verbot privater Drittmittel, wie es auch Teile der Juso-Hochschulgruppen fordern, spräche der Wirtschaft daher ab, ebenfalls Teil dieser Gesellschaft zu sein. Folglich sind ebenso auch private Drittmittel eine legitime Finanzierungsquelle, die jedoch strenger Beobachtung und größtmöglicher Transparenz unterworfen sein muss. Wir brauchen endlich ein transparentes Register für Forschungsmittel!

## **VII.2 Reform der Bund-Länder-Finanzierungsprojekte**

Hochschulpakt 2020: Die Länder müssen in die Verantwortung genommen werden und die bereitgestellten Bundesmittel zum Studienplatzausbau vollständig abrufen. Insbesondere unter Beachtung des Bildungsberichts 2012, nach dem die Schätzung der Kultus-Minister-Konferenz zur Studienplatzentwicklung weiterhin unterdimensioniert ist. Gleichzeitig spricht die empirische Beobachtung, dass die Länder den Ausbau selbst mit Hilfe des Bundes kaum schaffen, für ein dauerhaftes Förderinstrument des Bundes. Wir kritisieren, dass der angelegte Finanzierungsschlüssel fixe Mittel trotz unterschiedlicher Ausbildungskosten zwischen Studiengängen vorsieht, was Anreize zur Schaffung "billiger" Studienplätze (z. B. in den Wirtschaftswissenschaften oder Geistes- und Sozialwissenschaften) schafft. Weiterhin sollte die Finanzierung nicht ausschließlich auf die Studienanfängerzahlen sondern auch auf die Absolvent\*innenquote (siehe unten) bezogen werden.

Qualitätspakt Lehre: Das Programm beugt das Kooperationsverbot (Art. 91b GG) noch weiter als andere, da in der Antragsphase fast alle Anträge positiv beurteilt wurden. Bei einer Beteiligung von 90% der deutschen Hochschulen wurden schließlich fast 80% der Hochschulen und damit ca. 90% der Antragsteller gefördert. Nachgesteuert werden muss auch bei der Anreizkompatibilität des Qualitätspakts. Fördermittel sollten an die Durchführung bestimmter Maßnahmen gekoppelt werden. So setzen wir uns dafür ein, dass Mittel für Qualitätsverbesserungen in der Lehre nur dann ausgezahlt werden, wenn Dozierende auch an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Absolvent\*innen-Quote: Traditionellerweise werden die Grundmittel einer Hochschule nach der Anzahl der Studienanfänger\*innen ermittelt. Diese monokausale Berechnungsgrundlage setzt jedoch die falschen Anreize, eine hohe Abbruchquote wird ins-geheim belohnt. Durch die teilweise Kopplung der Finanzierung an den Studienerfolg, d.h. die Absolvent\*innen-Quote, kann auch ein finanzieller Anreiz zu echter Chancengleichheit im Studium geschaffen werden. Wir fordern, dass neben dem Zugang auch der Abschluss als

Finanzierungskriterium herangezogen wird, um Anreize für verzerrende Studienstrukturen zu verhindern.